



Sozialdemokratische Fraktion

im Bezirksausschuss 21
Pasing-Obermenzing



Nicht Einbeziehung der nordwestlichen Stadtbezirke Münchens beim Sicherheitsprobealarm für Atom-Störfällen am 28.4.2010

Antrag

Der BA 21 fordert die Landeshauptstadt auf mitzuteilen, warum zumindest die nordwestlichen Stadtbezirke Münchens nicht in den Sicherheitsprobealarm für Atom-Störfällen am Mittwoch, den 28.4.2010, einbezogen worden sind.

Begründung

Die bayerischen Atomzwischenlager Grundremmingen und OHU sind für mehrere Tausend Tonnen Atomabfall genehmigt. Am Genehmigungsverfahren für das Zwischenlager Grundremmingen war 2003 auch Österreich beteiligt, weil „Auswirkungen des Vorhabens auf österreichisches Staatsgebiet insbesondere bei Unfällen nicht auszuschließen sind“.

Am Mittwoch, 28. April 2010 war Sicherheitsprobealarm für alle Gemeinden im Umkreis von nur 25 km um die bayerischen Atomzwischenlager.

Warum wurde die Landeshauptstadt hier nicht einbezogen,
- obwohl 2003 im Genehmigungsverfahren für das Atomzwischenlager sogar die Republik Österreich beteiligt war; und
- obwohl z.B. in der Gemeinde Herrsching der Ortsteil Breitbrunn in den Probealarm am 28.4.10 einbezogen war?

Dr. Peter Knoch

Richard Roth
Fraktionssprecher der SPD im BA 21

Anmerkung: Sirenen-Probealarm am 28. April 2010 um 11 Uhr

Getestet wird der auf- und abschwellende Heulton von 1 Minute Dauer. Der Heulton soll die Bevölkerung bei schwerwiegenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit veranlassen, ihre Rundfunkgeräte einzuschalten und auf Durchsagen zu achten.
(Quelle: homepage des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren)